

## Rede von Alois Mock über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (17. Januar 1995)

**Legende:** Nach dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union erläutert der österreichische Außenminister Alois Mock am 17. Januar 1995 vor dem Nationalrat die neuen Gegebenheiten der Außenpolitik des Landes.

**Quelle:** Stenographische Protokolle über die Sitzungen des Nationalrates der Republik Österreich. XIX.; 15. Sitzung. 17.01.1995. Wien.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_alois\\_mock\\_uber\\_den\\_beitritt\\_osterreichs\\_zur\\_europaischen\\_union\\_17\\_januar\\_1995-de-36faa8e1-606b-4af4-a537-805d33442c8f.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_alois_mock_uber_den_beitritt_osterreichs_zur_europaischen_union_17_januar_1995-de-36faa8e1-606b-4af4-a537-805d33442c8f.html)

**Publication date:** 06/09/2012

## Rede von Alois Mock über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (17. Januar 1995)

Hohes Haus! Im Rahmen der heutigen Sondersitzung wird es zu einer Debatte über jene Probleme kommen, mit denen Teile der österreichischen Landwirtschaft im Gefolge des österreichischen Beitritts zur Europäischen Union konfrontiert sind. Hiezu wird im Anschluß an meine Erklärung von Landwirtschaftsminister Molterer Stellung genommen werden. Ich möchte diesen Aussagen nicht vorgreifen.

Ich möchte allerdings daran erinnern, daß der großen Mehrzahl der Österreicher aus dem EU-Beitritt beträchtliche Vorteile erwachsen und daß es für die Allgemeinheit deshalb ein selbstverständliches Gebot sein muß, Solidarität mit jenem Teil der Bevölkerung zu zeigen, der jetzt mit besonderen Anpassungsschwierigkeiten kämpfen muß, wie dies bei unseren bäuerlichen Mitbürgern und bei vielen kleinen Gewerbetreibenden der Fall ist.

*(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Hohes Haus! Seit Anfang dieses Jahres sieht sich Österreich vor gänzlich neue Herausforderungen gestellt. Seit dem 1. Jänner 1995 geht es nicht mehr darum, österreichische Positionen gegenüber der Europäischen Union zu vertreten, heute gilt es, das Wirken dieser Union von innen mitzugestalten.

Österreich hat nunmehr die Chance, die weitere Entwicklung des gesamten europäischen Einigungswerkes als Vollmitglied der Europäischen Union aktiv und gleichberechtigt mitzuformen, insbesondere auch im Rahmen der großen EU-Regierungskonferenz von 1996.

Österreich wird weiters mitentscheiden, wie und wann sich die Europäische Union um Länder Zentral- und Osteuropas erweitert.

Im Rahmen der Außenbeziehungen der Europäischen Union und der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sind wir überdies in völlig neue Zusammenhänge eingebunden. Wir sind mit weltweiten Fragestellungen und Entwicklungen konfrontiert, die uns bislang oft nur am Rande berührt haben.

Ich bin überzeugt, daß Österreichs Außenpolitik den neuen Herausforderungen gewachsen sein wird, sie wird es aber nur dann sein, wenn wir die Europäische Integration über alle Tagesprobleme hinweg als zutiefst politischen Prozeß verstehen, als einen Prozeß, von dessen Gelingen der Friede zwischen den Integrationspartnern und in weiterer Folge der Friede ganz Europas abhängt, als ein Geschehen, dessen Erfolg oder Mißerfolg über die Zukunft des gesamten Kontinents und damit auch über unsere eigene, österreichische Zukunft entscheidet.

In diesen Tagen endet die Amtszeit des Kommissionspräsidenten Jacques Delors. Auch ihm war bewußt, daß die Entwicklung einer politisch und auch sicherheitspolitisch voll handlungsfähigen Europäischen Union die richtige und notwendige Antwort auf die Herausforderungen der Ostöffnung und der deutschen Einigung darstellt.

Für Jacques Delors waren auch der Binnenmarkt und das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer wirklich politischen Gemeinschaft.

Er hat auch - deutlicher als viele andere - erkannt, welche entscheidenden Versäumnisse Europa auf dem Balkan unterlaufen sind.

So hat Jacques Delors schon im August 1992 im Rahmen einer Sondersitzung vor den Ausschüssen des Europäischen Parlaments die zerstörerische antihumanistische Ideologie des Belgrader Regimes angeprangert und vor einer Epidemie des Hasses und des Rassismus gewarnt, die ganz Europa verwüsten könnte.

Ein Jahr später hat Jacques Delors in einer Rede in Brüssel hervorgehoben, daß es ein schwerer Fehler der Staatengemeinschaft gewesen sei, im Angesicht der bosnischen Tragödie à priori auf Zwangsmaßnahmen zu verzichten.

Mit Jacques Delors geht ein Steuermann des Schiffes „Europäische Integration“ von Bord. Ich möchte diese Gelegenheit wahrnehmen, einem bedeutenden europäischen Politiker Anerkennung zu zollen, dem es in besonderer Weise gelungen ist, Vision und Realitätssinn zu vereinen.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Hohes Haus! Auch heute heißen die großen Themen des Integrationsgeschehens - wie schon so oft in der Geschichte dieses Prozesses - wieder einmal Vertiefung, das heißt verstärktes Bemühen um die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen in gemeinsamen Institutionen, und Erweiterung. Auch heute gibt es wieder die Diskussion: Was hat Vorrang: Vertiefung, die stärkere politische Zusammenarbeit, oder Erweiterung? - Auch heute gibt es nur eine Antwort darauf, und diese Antwort werden wir sicherlich auch - davon bin ich überzeugt - im Rahmen der Reformkonferenz 1996 vertreten: Beides muß verwirklicht werden, beides liegt im Interesse Österreichs!

Was die Vertiefung anlangt, so muß Österreich an deren Gelingen schon deshalb interessiert sein, weil die gesamte Erfahrung der Integration beweist, daß gerade die kleinen und mittleren EU-Staaten zu den Nutznießern supranationaler Entscheidungsstrukturen gehören.

Die kleinen und mittleren EU-Staaten können sich dann ein größeres Gewicht verschaffen, wenn erstens mit qualifizierter Mehrheit abgestimmt wird, also jene Stimmgewichtung gilt, die sie überproportional begünstigt, und wenn zweitens die Kommission ihre Schlüsselrolle als Hüterin der Verträge und als Motor des Integrationsgeschehens wirksam wahrnehmen kann.

Im Rahmen intergouvernementaler Entscheidungsmechanismen können sich demgegenüber - bei aller formalen Gleichheit der Teilnehmer - in der Regel die Großen das stärkere Gehör verschaffen beziehungsweise all jene Staaten, die Vetorechte und Einstimmigkeitsregeln als probates Mittel sehen, um den Integrationsprozeß in sensiblen Bereichen wie der Umwelt- und Sozialpolitik zu verlangsamen oder sogar zum Stillstand zu bringen.

Im Vorfeld der Regierungskonferenz von 1996 sollte es jedenfalls zu denken geben, daß sich gerade die kleineren und mittleren Gründungsmitglieder der Gemeinschaft, also Luxemburg, Belgien und die Niederlande, bis heute beharrlich für das supranationale Konzept eines Jean Monnet und eines Robert Schuman stark machen.

Auch wir sollten 1996 für eine Europäische Union kämpfen, die den Baugesetzen des Föderalismus und der Subsidiarität verpflichtet ist; für eine Union, die über eine starke und konzeptive Europäische Kommission verfügt und über ein Europaparlament, das mit zusätzlichen wichtigen Legislativ- und Kontrollbefugnissen ausgestattet wird, ein Parlament, dessen demokratische Legitimität auch dadurch gestärkt wird, daß die nationalen Parlamente in den Prozeß der Europäischen Integration so eng wie möglich eingebunden werden.

Hohes Haus! An einer starken, handlungsfähigen und demokratisch legitimierten Europäischen Union sollte Österreich auch deshalb alles Interesse haben, weil nur eine solche Union jene Aufgabe erfüllen kann, die dem integrierten Europa als Gravitationszentrum des gesamten Kontinents zukommen muß.

Gerade für ein Land, das liegt, wo Österreich liegt, ist es doch von essentieller Bedeutung, daß die Europäische Union 1996 mit Strukturen ausgestattet wird, die es ihr ermöglichen, die Herausforderung der Osterweiterung erfolgreich zu bewältigen.

*(Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Die Osterweiterung liegt auch im Interesse Österreichs. Es kann doch niemals unser Ziel sein, auf Dauer östlicher Randstaat der Europäischen Union zu bleiben. Auch bietet uns die Osterweiterung doch die

weitaus beste Grundlage, all jene politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten zu nützen, die sich gerade Österreich im osteuropäischen Raum eröffnen.

Mit der Osterweiterung würde sich für Österreich erstmals seit vielen Jahrzehnten wieder die reale Chance eröffnen, der zentraleuropäischen Geographie zu ihrem vollen Recht zu verhelfen und von jenen Vorteilen zu profitieren, welche der mitteleuropäische Wirtschaftsraum und die Märkte unserer Nachbarstaaten gerade auch uns in besonderer Weise - wenn auch vor allem langfristig - bieten.

Im Zeichen einer neuen, von echtem wechselseitigen Interesse getragenen Nachbarschaftspolitik muß es in Mitteleuropa freilich auch möglich sein, Probleme klarer und offener anzusprechen, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Dies gilt auch heute für das Thema Mochovce.

Die vom Umweltministerium organisierte und mit dem Bundeskanzleramt abgesprochene öffentliche Anhörung trägt jenen Verfahrensvorschriften Rechnung, die in den Statuten der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung grundsätzlich vorgesehen sind. Diese Vorgangsweise, das heißt die öffentliche Anhörung, wurde von der Bank gegenüber den Betreibern des Bauvorhabens zur Bedingung für die Kreditgewährung gemacht.

Die slowakische Regierungsseite ist von Österreich über die geplante Anhörung und deren konkrete Modalitäten überdies offiziell in Kenntnis gesetzt worden.

Nach meiner Auffassung trägt die in Aussicht genommene öffentliche Anhörung außerdem jenen demokratischen Standards Rechnung, die im Falle eines derart bedeutsamen und für weite Kreise der österreichischen Bevölkerung besorgniserregenden Vorhabens angemessen sind.

Wenn sich die slowakische Seite jetzt tatsächlich entschließen sollte, ihre Mitwirkung an einer solchen - öffentlich zugänglichen - Anhörung zu verweigern, widerspräche dies nach meiner Meinung dem Geist unseres neuen freundschaftlichen, guten Nachbarschaftsverhältnisses. Außerdem erschiene mir durch eine derartige Absage eine wesentliche Bedingung für die Kreditgewährung durch die EBRD nicht erfüllt. Wir haben diesen Standpunkt der Slowakei sehr eindringlich nahegelegt, der Herr Bundespräsident genauso wie der Herr Bundeskanzler, und auch ich habe eine diplomatische Note überreichen lassen. Ich möchte an unsere slowakischen Freunde jedenfalls noch einmal den dringenden Appell richten, sich der in Aussicht genommenen öffentlichen Anhörung doch noch zu stellen.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Auch Österreich ist sich selbstverständlich bewußt, daß die volle Integration der neuen Demokratien in das gemeinsame Europa ein langwieriger und schwieriger Prozeß sein wird. Im Interesse des europäischen Integrationsprozesses und im Interesse der betroffenen Staaten ist es sinnvoll, daß deren Vollbeitritt zur Europäischen Union dann erfolgt, wenn sie in der Lage sind, die Rechte und Pflichten eines Vollmitgliedes der Europäischen Union auch tatsächlich zu übernehmen, und wenn ihre Wirtschaft dem Wettbewerb im großen europäischen Markt objektiv standhalten kann. Umso mehr werden wir uns aber auch dafür einsetzen, daß die neuen Demokratien schon vor ihrem Beitritt zur Europäischen Union bestmöglich in die Strukturen der Europäischen Integration und die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik einbezogen werden. Wir werden auch dafür eintreten, daß wirklich Fall für Fall geprüft wird, ob und wann die Voraussetzungen für den Beitritt zur Europäischen Union gegeben sind. Es darf nicht geschehen, daß einzelne Länder, die ihrerseits bereits für die Vollmitgliedschaft qualifiziert sind, warten müssen, bis eine ganze Ländergruppe die Bedingungen für den Beitritt erfüllt.

Ich sage dies auch deshalb, weil ich zuversichtlich bin, daß sich gerade unter jenen zentraleuropäischen Reformländern, denen wir durch eine besonders enge Nachbarschaft verbunden sind, auch jene Staaten finden werden, welche die objektiven Bedingungen für den Beitritt zur Europäischen Union als erste erfüllen können. Zu weiteren Anwärtern auf den Beitritt gehören darüber hinaus Malta und Zypern.

Den besonderen Interessen Österreichs entspricht es weiters, daß der europäische Einigungsprozeß gerade

auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik markante Fortschritte macht und daß wir an diesen Fortschritten vollinhaltlich teilhaben können.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Die tragischen Entwicklungen auf dem Gebiet der ehemaligen Föderation Jugoslawien und die große Unsicherheit, die über der Zukunft Rußlands und der anderen GUS-Staaten lastet – das erschreckende Kriegsgeschehen in Tschetschenien liefert uns ein bedrohliches Warnsignal -, sollten uns daran erinnern, wie sehr sich Österreich noch immer am Rande einer geopolitischen Gewitterzone befindet und wie sehr gerade wir Interesse haben sollten, in funktionierende europäische Sicherheitsstrukturen effizient eingebunden zu sein.

Es ist in den vergangenen Tagen viel von der Bedeutung eines umfassenden Sicherheitsbegriffes gesprochen worden. Auch ich bekenne mich grundsätzlich zu dieser Sicht der Dinge. Einen wesentlichen Vorteil unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union sehe ich ja gerade darin, daß Österreich auf diese Weise zum gleichberechtigten Partner in jenem europäischen Staatenverbund geworden ist, der heute am weitaus besten befähigt ist, auch auf die großen nichtmilitärischen sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit, wie etwa auf Umweltbedrohungen, unkontrollierte Migrationsströme, die organisierte Großkriminalität und den internationalen Drogenhandel, gemeinsame Antworten zu finden.

Ich halte es auch für sehr begrüßenswert, daß sich die Westeuropäische Union als Trägerin der künftigen Sicherheits- und Verteidigungsidentität der Europäischen Union heute erstmals Aufgaben zuwendet, die einem umfassenden Sicherheitsbegriff entsprechen, seien dies humanitäre Aktionen, Katastropheneinsätze oder friedenserhaltende Maßnahmen.

Trotzdem bin ich überzeugt, daß wir uns heute auch im engeren militärischen Sinn mit den sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für unser Land auseinandersetzen müssen, mit Rahmenbedingungen, die durch unsere exponierte Lage, durch unsere begrenzten militärischen Eigenkapazitäten und durch die fehlende Einbindung unseres Landes in eine Verteidigungsgemeinschaft gekennzeichnet sind. Ich stehe dazu, daß die Sicherheit Österreichs heute nicht mehr durch eine bloße Politik des Stillehaltens und des Abseitsstehens gewährleistet werden kann, sondern zunehmend im internationalen und europäischen Verbund garantiert werden muß. Für umso bedeutsamer halte ich es, daß sich die Westeuropäische Union - als einzige mit konkreten Beistandsverpflichtungen versehene Sicherheitsorganisation - auf der Grundlage des Maastrichter Vertragswerks entschlossen hat, dem EU-Mitglied Österreich ausdrücklich die Mitgliedschaft oder den Beobachterstatus anzubieten.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Über Beschluß der österreichischen Bundesregierung ist Österreich seit Anfang 1995 Beobachter in der Westeuropäischen Union. Dies gibt uns die Möglichkeit, an praktisch allen WEU-Tagungen teilzunehmen und die in diesem Rahmen geführte sicherheitspolitische Diskussion zu verfolgen und mit eigenen Stellungnahmen zu versehen. Ich meine allerdings - und möchte dies unterstreichen -, daß unsere Sicherheitspolitik auch nach diesem Schritt dynamisch weiterentwickelt werden muß.

Für mich steht jedenfalls fest, daß Österreich alles Interesse hat, daß sich aus der Westeuropäischen Union in Zukunft umfassende europäische Sicherheitsstrukturen entwickeln, die geeignet sind, Rechtsbrecher und Aggressoren wirksam in die Schranken zu weisen; Sicherheitsstrukturen, an denen auch wir gleichberechtigt und solidarisch teilhaben.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich darf daran erinnern, daß wir uns im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen - durchaus auch im wohlverstandenen Eigeninteresse - ausdrücklich zur Maastrichter Perspektive einer gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik bekannt haben.

Hohes Haus! Unser WEU-Beobachterstatus bedeutet freilich nicht, daß wir andere sicherheitspolitische

Dimensionen, insbesondere jene der NATO, aus den Augen verlieren dürfen. Dies umso weniger, als auch Österreich größtes Interesse hat, daß die sicherheitspolitischen Interessen Europas und Nordamerikas in Zeiten wachsender Instabilitäten im Rahmen der atlantischen Allianz verklammert blieben, einer Allianz, deren integrierte Verteidigungsstrukturen für Europa - und damit auch für Österreich - noch sehr lange unverzichtbar und unersetzbar bleiben. Darum begrüße ich es, daß Österreich in Entsprechung der Regierungsvereinbarung und nach dem Muster der meisten anderen europäischen Staaten nunmehr eine substantielle Vereinbarung über die Teilnahme an der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“ abschließen wird.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Wir sollten uns bemühen, die Möglichkeiten und das Zukunftspotential dieses - von der NATO geschaffenen - gesamteuropäischen sicherheitspolitischen Netzwerks bestmöglich zu nützen, sei es durch den Einschluß in den NATO-Informationsverbund, sei es durch die Zusammenarbeit im Rahmen humanitärer oder friedenserhaltender Aktionen oder durch andere Formen, die zweckmäßig und positiv empfunden werden.

Hohes Haus! Ich habe eingangs bereits erwähnt, daß sich Österreichs Außenpolitik infolge des EU-Beitritts in einem völlig neuen globalen Kontext zu bewähren hat. Seit Anfang dieses Jahres sind wir Teil eines Staatenverbundes, dessen Mitglieder für mehr als ein Drittel des Welthandels verantwortlich zeichnen; einer Gemeinschaft, die mit unzähligen Ländern auf allen fünf Kontinenten Vertragsbeziehungen unterhält; einer Union, die trotz aller Unvollkommenheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die erst seit einem Jahr aufgebaut wird, zu den großen Akteuren der Weltpolitik gehört.

Wir haben alles Interesse, diese neue Situation nicht bloß passiv hinzunehmen, sondern aus ihr Impulse für unsere eigenen globalen Beziehungen zu gewinnen. Jene, die den EU-Beitritt als Signal für eine eurozentrische österreichische Außenpolitik verstehen wollen, dürfen nicht recht behalten.

Für besonders wichtig halte ich es, daß Österreichs Außenpolitik in den Beziehungen zu Asien einen neuen Schwerpunkt setzt, dies vor allem auch deshalb, weil dieser Kontinent auf die weitaus dynamischsten wirtschaftlichen Wachstumszonen der Erde verweisen kann.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, daß der Anteil Asiens am Weltsozialprodukt, der noch vor 30 Jahren bei 4 Prozent lag, inzwischen 27 Prozent ausmacht und zur Jahrtausendwende 35 Prozent erreichen dürfte. Ich glaube, wir sollten uns dieser Größe wirklich bewußt sein: 4 Prozent des Weltsozialprodukts vor 30 Jahren, inzwischen 27 Prozent, und um die Jahrtausendwende wird Asien 35 Prozent des Weltsozialprodukts erreichen. Deshalb begrüße ich es sehr, daß Bundespräsident Dr. Klestil Indonesien, Thailand und Vietnam im März dieses Jahres besuchen wird, daß der Herr Bundeskanzler nach Indien eingeladen ist, die Minister Schüssel und Klima China und andere asiatische Länder besuchen werden.

Auch ich bin bemüht, die österreichische Präsenz im asiatischen Raum weiter zu stärken. Seitens der österreichischen Wirtschaft besteht insbesondere großes Interesse an der Eröffnung einer österreichischen Botschaft in Hanoi und eines Generalkonsulats in Schanghai. Auch das Reiseprogramm des Präsidenten der Bundeskammer widerspiegelt die Bedeutung Asiens.

Mein Ressort unterstützt auch verschiedene Vorhaben, die der österreichischen Wirtschaft und Öffentlichkeit die „Herausforderung Asien“ näherbringen sollen. Dazu zählen unter anderem das im Vorjahr gegründete „Österreichisch-Japanische Komitee des 21. Jahrhunderts“ und ein für Mai dieses Jahres geplantes österreichisch-chinesisches Umweltsymposium.

Hohes Haus! Neue globale Aufgaben sind dem Außenministerium auch dadurch erwachsen, daß es nunmehr wieder für die gesamte österreichische Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. Ich werde in den nächsten Wochen eine Evaluierung der österreichischen Entwicklungspolitik anhand der Erfahrungen der vergangenen Jahre vornehmen. Ich werde dem Hohen Haus dann darüber berichten.

Besonderes Gewicht möchte ich auf die konkrete Projektarbeit und eine zielgerichtete Zusammenarbeit aller staatlichen und privaten Organisationen legen. Es geht mir darum, daß der Schilling, der im Rahmen der Entwicklungshilfe gegeben wird, nicht in irgendwelchen Verwaltungseinheiten oder Vereinen verschwindet, sondern er soll für die Wasserpumpe in der Sahelzone, für die Schule in Nigeria und andere wichtige Dinge eingesetzt werden, die den Menschen dort eine Perspektive des Fortschritts und der Zukunftshoffnung geben.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Überdies werde ich danach trachten, daß sich Österreichs Mitgliedschaft in der Europäischen Union auch auf den Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dynamisierend auswirkt.

Hohes Haus! Ich habe die österreichische Außenpolitik nie als reine Interessenpolitik verstanden. Sie war und ist an klaren Grundsätzen orientiert. Diese werden wir selbstverständlich auch zur Basis unserer Mitarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik machen.

Dies gilt zum Beispiel für den gesamten Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Verteidigung der EU-Vertrag als grundlegende Zielsetzung der GASP ansieht. Wir werden dieses Thema der Menschenrechte auch im GASP-Kontext als einen selbstverständlichen Schwerpunkt unserer eigenen Außenpolitik ansehen. Als Gastland der beiden Menschenrechts-Großereignisse von 1993, der Wiener Weltkonferenz für Menschenrechte und des Wiener Europaratgipfels, hat Österreich in dieser Hinsicht ja auch besondere Verpflichtungen.

Wir haben auch erreicht - was oftmals nicht so rasch verwirklicht wird -, daß eine der wichtigsten Empfehlungen der Wiener Weltkonferenz, die Schaffung des Amtes eines UN-Hochkommissars für Menschenrechte, bereits nach eineinhalb Jahren realisiert werden konnte. Hochkommissar José Ayala Lasso hat in den wenigen Monaten seiner bisherigen Tätigkeit bereits eine ganze Reihe konkreter Initiativen zur operativen Verbesserung der Wahrung der Menschenrechte gesetzt, unter anderem in bezug auf das furchtbare Geschehen in Ruanda - wahrlich eine brillante Leistung! Er hat nicht lange Aufsätze geschrieben oder Reden gehalten, sondern er hat sur place agiert, und seine Anwesenheit hat auch zu einer Verbesserung bei diesen schrecklichen Vorgängen geführt.

Was den Follow-up des Wiener Europaratgipfels betrifft, so konnte kürzlich eine Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten fertiggestellt werden, das erste Instrument dieser Art, was seinen rechtlichen Charakter anlangt. Ich bin überzeugt, daß dies auch für die Zukunft Österreichs als natürliche Schutzmacht Südtirols von Bedeutung ist.

Hohes Haus! Auch Österreichs Haltung zur Tragödie auf dem Balkan war und ist an klaren Grundsätzen orientiert: am Grundsatz der Solidarität mit den Opfern der Aggression und an den elementarsten Prinzipien des Völkerrechts und der UN-Charta, wie auch an konkreten und oftmals leider erfolglos gebliebenen Beschlüssen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der KSZE und anderer internationaler Foren. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, daß für eine gerechte und dauerhafte Lösung auf dem Balkan kein Weg an der Beachtung der internationalen Rechtsordnung vorbeiführt. Wenn man glaubt, den Frieden nur mit Zugeständnissen an den Aggressor herbeiführen zu können, wird dies ein Frieden von sehr kurzer Dauer sein.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich habe versucht, im Rahmen dieser meiner Erklärung ein möglichst umfassendes Bild jener Herausforderungen zu zeichnen, vor die unsere Außenpolitik derzeit gestellt ist. Schlüsselfragen wie die Regierungskonferenz 1996, von der ich glaube, daß sie eine sehr harte Auseinandersetzung bringen wird zwischen jenen, die der politischen Kohäsion den Vorrang geben, und jenen, die der Erweiterung der Europäischen Union den Vorrang geben, die Osterweiterung und die Zukunft unserer Sicherheitspolitik werden uns genauso beschäftigen wie die - sicher noch lange ungelöste - Balkantragödie, das Schwerpunktthema Asien, die Menschenrechte und die Entwicklungszusammenarbeit.

Hiezu kommt auch die laufende Koordinationsarbeit im Rahmen unserer EU-Mitgliedschaft; ein Fragenbereich, den ich heute ebenso wenig behandelt habe wie die zunehmend intensivere Auslandskulturpolitik und den konsularischen Sektor, in dem sich die Tätigkeit statistisch in den letzten zehn Jahren beinahe verdoppelt hat.

All diese Aufgaben erfüllt das Außenministerium mit einem Personalstand von etwa 1 500 Personen - eine Zahl, die nur etwa 10 Prozent über jener des Jahres 1980 liegt und in der Reihe vergleichbarer europäischer Staaten überhaupt nur von Portugal unterboten wird.

Was die budgetäre Ausstattung des Außenministeriums, gemessen am Gesamtbudget, betrifft, lag mein Ressort 1994 mit einem Anteil von 0,25 Prozent im europäischen Vergleich überhaupt an letzter Stelle. Das gesamte operative Budget des Außenamtes ist übrigens laufend niedriger als das Defizit der Bundestheater.

Meine Damen und Herren! Ich bin mir schon bewußt, es ist immer leicht, den Kampfschrei nach mehr Dienstposten und einem höheren Budget auszustoßen, das kann weder der Beginn noch das Ende einer vernünftigen Politik sein, aber wenn man die Welt nimmt, wie sie ist, wird man bei den kommenden Budgetverhandlungen auch feststellen müssen, daß wir nur einmal der Europäischen Union beitreten, daß wir wahrscheinlich nur einmal in unserer Generation eine so entscheidende Entwicklung wie 1989, mit neuen Staaten, neuen wirtschaftlichen Verbindungsmöglichkeiten in Osteuropa erleben, die auch von der materiellen Ausstattung des Außenministeriums unterstützt werden müssen. Es wird sonst für meine Mitarbeiter inakzeptabel oder unmöglich sein, bei wachsenden Gefahren in Bereichen der Sicherheit - ich nenne nur Belgrad, Guatemala und Algier - unter den erschwerten Bedingungen jene Leistungen zu erbringen, die ihnen fast immer Anerkennung bringen und die auch von den Damen und Herren des Hohen Hauses bei deren Auslandsverpflichtungen immer wieder lobend erwähnt werden.

Österreichs Außenpolitik wird sich in den kommenden Jahren noch vielen Herausforderungen zu stellen haben. Wir wollen und werden sie mit Selbstbewußtsein zu meistern versuchen. Ich wäre Ihnen aber dankbar, wenn das materielle Substrat gegeben würde, um diesen Verpflichtungen auch tatsächlich nachkommen zu können.

Letztlich ist dies auch der Auftrag, den uns die Österreicherinnen und Österreicher am 12. Juni 1994 mitgegeben haben. Auf dem Weg, den sie unserem Land damals mit Mut und Klarheit vorgezeichnet haben, gilt es nun, entschlossen weiterzugehen.

*(Beifall bei ÖVP und SPÖ.)*